

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN**

### **Bergwerksaltlasten in Kasese und Kilembe sowie Erneuerung der Wasserversorgung in Kasese, im Westen Ugandas**

In dem ugandischen Dorf Kilembe liegt seit 1978 eine Kupfermine brach, die von 1947 an von einer kanadischen Firma betrieben worden war. „Beiprodukte“ des Kupfers waren Kobalt, Schwefel, Eisen und Silitium. Die ca. eine Million Tonnen Beiprodukte wurden auf dem Gelände, oberhalb der nahegelegenen Stadt Kasese, auf offene Halde geschüttet. Während der Regenzeit werden seit Jahren große Mengen an Kobalt, Kupfer und Schwefel ausgewaschen. Diese Mengen haben durch ihren Abfluß die Vegetation auf kilometerbreiten Streifen in Richtung Lake George, einer der Quellseen des Weißen Nils, gänzlich abgetötet. Die verbliebenen Dorfbewohner unterhalb der Abraumhalde berichten einem deutschen Journalisten: „Zwei Tage nach Einsetzen des Regens sterben vorwiegend Kleinkinder, aber auch Erwachsene.“ Erste stichprobenartige Bodenanalysen ergaben, daß das von der Halde ausgewaschene Kupfer und der Schwefel sowie das Kobalt in Verbindung mit Regenwasser u. a. Schwefelsäure bildet. Das sich hier sammelnde Wasser wird, mangels Alternative, von den Dorfbewohnern in der Umgebung der Halde getrunken. Sie erkranken daran und sterben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit die Bundesregierung ab September/Okttober 1990 die Wasserversorgung in Kasese vollständig renovieren lassen will?
2. Sind der Bundesregierung die Umweltprobleme um das ehemalige Kupferbergwerk Kilembe bekannt?  
  
Wenn ja, wie bewertet sie diese im Hinblick auf die Gesundheits-, Trinkwasser- und Nahrungsmittelversorgung der betroffenen Bevölkerung und das Ökosystem im Queen-Elizabeth-Nationalpark?
3. Welche Annahmen und Planungen legt die Bundesregierung der beabsichtigten Sanierung der Trinkwasserversorgung in Kasese zugrunde?

Wie werden bei den Planungen für die Wasserversorgung die großflächig vorhandenen Verseuchungen durch die Abraumhalde berücksichtigt?

4. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß kein von der Abraumhalde verseuchtes Wasser in das Trinkwasser-Versorgungsnetz eingespeist wird?

Werden vor Ort Untersuchungen, ähnlich unserer Trinkwasseranalysen, durchgeführt?

5. Welche weiteren Schritte gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer bilateralen und internationalen Möglichkeiten einzuleiten, um die Sanierung der todbringenden Abraumhalde aus der Kolonialzeit voranzubringen?
6. Hat die Bundesregierung in den vergangenen bilateralen Verhandlungen mit der ugandischen Regierung das Problem dieser Umweltverseuchung angesprochen und die ugandische Seite auf die Dringlichkeit einer Rehabilitierung der betroffenen Region aufmerksam gemacht mit der gleichzeitigen in Aussichtstellung von seiten der Bundesregierung, hierzu Finanzmittel zur Verfügung zu stellen?

Bonn, den 17. September 1990

**Frau Eid**

**Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**